

Bezugspreis:

Für den Monat April 1923 M. ...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Nonpareilzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 13. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Beseitigung der Getreideumlage. Ein bürgerlicher „Sieg“ im Reichstage.

Der Reichstag hat gestern mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Beseitigung der Getreideumlage beschlossen.

Wie stark das letztere der Fall ist, zeigt die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu der Frage: Wie kann die Versorgung der Bevölkerung mit Brot am besten sichergestellt werden?

Daher ist der Widerstand der Landwirtschaft gegen die Umlage unheimlich gewachsen. Er erstreckt sich nicht nur gegen die Wiederkehr einer Umlage im kommenden Erntejahr, sondern ebenso sehr auf die Durchführung der beschlossenen Umlage.

Ebenso wenig aber ist es denkbar, daß die Versorgung der Bevölkerung mit dem wichtigsten Nahrungsmittel völlig der Willkür der Interessenten überlassen bleibt.

Wenn deshalb die Sozialdemokratie auf die Wiederholung der Umlage im Jahre 1923/24 keinen Wert legte, so bedeutet das keineswegs den Verzicht auf den Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren der freien Wirtschaft.

Dieser Antrag sichert zwar den Landwirten den Friedenspreis für ihr Getreide, sucht aber durch die Bezahlung in Stückstoff die Verwendung dieses wertvollen und die Erzeugung steigenden Düngemittels so zu fördern, daß die künftige Getreideernte wahrscheinlich den Bedarf Deutschlands in vollem Umfange decken würde.

Reichsregierung und bürgerliche Parteien lehnten diesen Vorschlag der Sozialdemokratie, der ziemlich identisch ist mit dem Vorschlag der preussischen Staatsregierung, ab, angeblich wegen seiner technischen Undurchführbarkeit, in Wirklichkeit, weil er ein Stück Gemeinwirtschaft ist und dem Reich nicht nur die Getreideversorgung in die Hand gibt, sondern auch die Stückstoffherzeugung. Das aber sehen die bürgerlichen Parteien und die Reichsregierung als einen so starken

Eingriff in das kapitalistische System an, daß sie selbst die Volksernährung darunter leiden zu lassen bereit sind.

Die bürgerlichen Parteien haben statt dessen beschlossen, daß die Getreidewirtschaft völlig frei sein soll. Lediglich eine beschränkte Menge Getreide soll vom Reich als Reserve gehalten werden. Wie diese Reserve aufgebracht werden soll und vor allem zu welchem Preise, und wie der Gefahr der Preissteigerung durch den Kauf einer großen Menge in einem sehr kurzen Zeitraum begegnet werden soll, darüber hat man sich wohlweislich völlig ausgesprochen. Gleichfalls völlig unsicher ist die Frage, wie die überaus schutzbedürftigen Kreise der Bevölkerung — die Rentner und Armegehdempänger aller Art — vor den Gefahren eines täglich wachsenden und unablässig steigenden Brotpreises geschützt werden sollen.

So stellen denn die Beschlüsse des Reichstags ein schweres Unrecht gegen die Masse der Bevölkerung, deren Widerstand am Rhein und an der Ruhr dadurch auf eine neue starke Belastungsprobe gestellt wird, dar. Bei weiterem Sinken der Mark wird die freie Wirtschaft die Brotversorgung der Bevölkerung den schwersten Gefahren aussetzen. Brot wird dann genau so wie jetzt andere Nahrungsmittel täglich seinen Preis ändern. Da der Lohn nicht mit derselben Schnelligkeit zu folgen vermag, noch weniger die Renten und Unterhaltungen, so wird eine weitere Verschärfung der Unsicherheit der Existenz dieser Schichten die Folge sein.

Die gestrige Sitzung des Reichstags lieferte bereits dafür einen Beweis. Die Sozialdemokratie wollte, um die deutsche Bevölkerung mit dem billigen Auslandsgrießfleisch zu versorgen, das in tadelloser Qualität geliefert wird, daß dessen Einfuhr frei von den schändlichen Bestimmungen, die vor Jahren aus Liebe zu den Agrariern eingeführt worden waren. Sie sind zwar gegenwärtig durch eine Verordnung außer Kraft gesetzt, können aber jederzeit wieder eingeführt werden und sind somit ein ungeheures Hindernis für die stärkere Einfuhr von Grießfleisch, die die Voraussetzung für billige Lieferung und billige Versorgung ist.

So zeigte der Ausgang der gestrigen Beratungen ein durchaus klares Bild: der Provit über alles! Wo freie Wirtschaft den Erzeugern zweckmäßig ist, da treten sie für freie Wirtschaft ein, und wo es ihnen erwünscht ist, da wissen sie sich auch mit dem Zwang abzufinden.

Der Reichstag hat gestern die Beratung des Etats des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt. In der Einzelberatung bemerkt beim Titel „Beihilfen für Forschungen auf dem Gebiete der Ernährung“

Abg. Dr. Moses (Soz.): Auf dem Gebiete der Volksernährung muß die wissenschaftliche Forschung mehr gefördert werden. Das Ausland hat vielfach eigene Forschungsinstitute zur Förderung der Volksernährung geschaffen.

Abg. Horn (Soz.) tadelt, daß die Ausfuhr deutscher Fische nach dem Ausland fortwährend steige. Die Fischereibereiter nahmen nicht die geringste Rücksicht auf die Volksernährung und die Großhändler steigerten fortgesetzt die Preise im Inland.

Abg. Kunze (Soz.) weist in eingehender Darlegung auf die schwere Schädigung hin, welche die ostpreussischen Fischer dadurch erlitten haben, daß die Willkür der Entente eine neue Grenze gegen das Remelland und Litauen aufgerichtet hat.

Hierauf nimmt das Haus die vor der Osterpause zurückgestellte Abstimmung über die zum Ministergehalt beantragten Entschlüsse an. Die vom Ausschuss beantragte Entschlüsse, monach Maßnahmen zu treffen sind, die darauf abzielen, der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen den Bezug des unentbehrlichsten Nahrungsmittels, des Brotes, zu verbilligten Preisen zu ermöglichen.

Gesamtstimmung über die künftige Getreidewirtschaft

Die Resolution hergt und Gen. (Dnat), monach die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1923/24 aufgehoben, auch Getreideumlage nicht mehr erhoben und die Reichsgetreidebestelle am 1. Oktober d. J. aufgelöst werden soll.

Abg. Döbrich (Dt. Vp.) gibt zu dieser Abstimmung die Erklärung ab, daß seine Partei sachlich mit den Deutschnationalen vollkommen übereinstimme, daß sie aber gegen die Resolution hergt stimme, weil der von ihr mit unterschriebene Kompromißantrag dem Sinne nach dasselbe ausspreche.

Eine von den Kommunisten beantragte Entschlüsse, die Zwangswirtschaft für Getreide in vollem Umfange wiederherzustellen, wird abgelehnt, desgleichen ein analoger Antrag der Sozialdemokraten.

Hierauf stimmt das Haus namentlich ab über die vom Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei eingebrachte Entschlüsse:

Die Sicherung des Bedarfs an Brotgetreide durch eine gebundene Wirtschaft ist nicht mehr möglich. Von einer weiteren Getreideumlage muß daher abgesehen werden. Die rechtzeitige Sicherstellung einer für die Ernährung der Bevölkerung ausreichenden Brotgetreidemenge unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationsstellen, der Verbrauchervertretungen, der Mühlen, der Bäcker und des legitimen Handels ist erforderlich. Eine Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte, zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Erwerbslosen, Armegehdempänger und der Kinderreiche zu rechnen ist, ist unter Deckung der erforderlichen Mittel durch Belastung des Defizits in weitestem Umfange zu bewerkstelligen.

Mit 211 gegen 146 Stimmen bei einer Stimmenthaltung wird diese Entschlüsse angenommen.

Abgelehnt wird ein Antrag der Kommission betr. Wiedereinführung der Zuckerschwammwirtschaft.

Mit 148 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und eines kleinen Teils des Zentrums und der Demokraten gegen 134 Stimmen der gesamten Rechten und der Mehrzahl der übrigen bürgerlichen Parteien wird eine Ausschussentschlüsse angenommen, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, der Verdoppelung der Zuckerspreise ihre Zustimmung zu versagen oder in Verhandlungen über die Rückgängigmachung der Preisverdoppelung einzutreten.

Angenommen werden ferner einige Entschlüsse, in denen die Reichsregierung erucht wird, für die Landwirtschaft, insbesondere für Genossenschaften, Kredite zur Beschaffung von Betriebsmitteln zur Verfügung zu stellen. In einer anderen Entschlüsse wird die Regierung erucht, die Einzelkonten zu Maßnahmen zu veranlassen, die verhindern, daß Güter an Personen gelangen, die der Landwirtschaft völlig fernstehen.

Entschlebung auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln.

Eine von der Abgeordneten Frau Barm (Soz.) begründete Entschlebung fordert im ersten Teil die Erleichterung oder wenigstens die Beibehaltung der bestehenden Vorschriften über die Einfuhr von Fleisch- und Fleischwaren, und im zweiten Teil die Einfuhr von Getreide- und Kaffeebohnen bis zum 31. Dezember 1933. Der erste Teil der sozialdemokratischen Entschlebung wird abgelehnt und der zweite nach Streichung der Worte „bis zum 31. Dezember 1933“ angenommen.

Es entwickelt sich dann eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Tagesordnung der nächsten Sitzung, zu der Abg. Schulz-Bromberg die Beratung der Interpellationen über die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei und über den Antrag betreffs Bestrafung der Störungen von Versammlungen beantragt.

Präsident Lohse teilt mit, daß der Minister des Innern gebeten habe, die Interpellationen erst Ende der nächsten Woche zu beraten, da bis dahin ein Urteil des Staatsgerichtshofs vorliegt, bei dem sich die Urten befinden.

Gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien und der Kommunisten wird der Antrag Schulz abgelehnt Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr.

Interessenpolitik oder Volksernährung?

Die Gefahren des Stickstoffexports.

Vor einer Woche verlangten wir von der Regierung Aufklärung, ob es zutraf, daß man die Ausfuhr von 30 000 Tonnen Stickstoff in das Ausland gestatten wolle. Unsere Frage blieb unbeantwortet. Weil es möglich ist, daß großes Unheil noch verübt werden kann, müssen wir die Frage eindringlicher wiederholen und fragen, ob etwa die Ausfuhr genehmigung bereits erteilt ist.

Wäre das der Fall, so wäre hier eine wirtschaftliche Verschwendung getrieben, die sowohl vom ernährungs- als auch vom finanziellen Standpunkt aus gleich verwerflich ist. Jede Tonne Stickstoff bringt bei zweckmäßiger Düngung einen Mehrertrag von 20 Tonnen Getreide. Wird also der Stickstoff, der in Deutschland produziert wurde, nicht in den deutschen Boden gebracht, so ergibt sich ein Einfuhrbedarf von 600 000 Tonnen Getreide, den wir durch eigene Produktion ersparen könnten. 600 000 Tonnen Roggen müßten wir einkaufen zu je 180 Goldmark, also über 100 Millionen Goldmark an Devisen für die Einfuhr fremden Getreides unnötigerweise opfern. Das ist mehr als der Gesamtsertrag der Devisenanleihe des Reiches.

Nicht anders stellt sich die Sache vom finanziellen Standpunkt aus dar. Den 100 Millionen Goldmark Devisenbedarf bei einer Lebensmitteleinfuhr steht ein Erlös aus dem exportierten Stickstoff von 40 Millionen Goldmark gegenüber. Der Verlust beträgt also 60 Millionen Goldmark — eine Reparation für sich.

Das Befremdliche ist aber: Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Stickstoff entbehren kann. Der deutsche Boden hungert nach diesem Dünger, die Landwirte wollen aber den Preis dafür nicht aufwenden, weil er ihnen im Verhältnis zu ihrem Erlös zu hoch erscheint. Die Preispolitik des Stickstoffsyndikates hat es dahin gebracht, daß sich trotz des unbestreitbaren Bedarfs an Stickstoffdünger die Landwirtschaft ihn nicht abnimmt. Die Reichsregierung hatte durchaus recht, wenn sie getreu dem Worte „Erst Brot, dann Reparationen“ die Lieferung von Stickstoff auf Reparationskonto in bestimmter Form ablehnte. Die zufällige Konjunktur, die jetzt herrscht, kann die Tatsache des gewaltigen deutschen Stickstoffbedarfs nicht aus der Welt schaffen. Wenn man aber den dringend benötigten Dünger zum Export freigibt, und gleich eine Monatsproduktion ins Ausland schickt, anstatt alles anzubieten, um ihn dem deutschen Boden zuzuführen, so wäre das im Interesse der Volksernährung wie der Reichsfinanzen gleich unverantwortlich.

Die bürgerliche Reichstagsmehrheit hat jetzt die Vorschläge der Sozialdemokratie, welche die Frage mit einem Schlag gelöst hätte, abgelehnt und die freie Getreidewirtschaft beschlossen. Die Sozialdemokratie wollte durch

die Verbindung von Stickstofflieferungen an die Landwirtschaft mit Getreidelieferungen der Landwirtschaft an das Reich die höchste Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die rationellste Ausnutzung des in Deutschland produzierten Stickstoffs herbeiführen. Wieder einmal ist der Gedanke verjagt, aber noch nicht aus der Welt geschafft. Trotzdem müssen wir auch jetzt die Forderung erheben, daß das Reich lieber den für die Ausfuhr vorgeschlagenen Stickstoff selbst übernehme, um ihn unter vorteilhaften Bedingungen den Landwirten anzubieten, als ihn zu exportieren. Von dem Stickstoffexport hat nur das Stickstoffsyndikat Vorteile, das für diesen Teil seiner Produktion den Weltmarktpreis nehmen kann, nachdem es unter dem Druck der Absatznot die Inlandspreise hat herabsetzen müssen. Den Schaden von dem Export hätte das ganze deutsche Volk. Stickstoff auszuführen, um dann zu Weltmarktpreisen das damit erzeugte Getreide zu kaufen, dieses Verfahren hat der frühere bayerische Landwirtschaftsminister Wugelhofer als „Wahnsinn“ bezeichnet. Wir hoffen, daß kein Ministerium, das der Landwirtschaft und der Ernährung dienen soll, sich zu einem derartigen Wahnsinn hergibt.

Arbeitsgemeinschaft beim Kanzler.

Ueber einen Besuch der Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beim Reichskanzler wird der folgende Bericht durch W.B. verbreitet:

Der Reichskanzler empfing mit dem Reichsminister des Auswärtigen die Führer der Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft. Gegenstand der Besprechung war die politische Lage. Die Aussprache ergab volle Einigkeit der Fraktionsführer und ihre völlige Übereinstimmung mit der Regierung.

„Herrlich, etwas dunkel zwar, doch es klingt recht wunderbar!“ Vielleicht darf man hoffen, zu erfahren, worin die Einigkeit und womit die völlige Übereinstimmung bestand?

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags beschäftigte sich in einer sehr ausgedehnten Sitzung am Donnerstagabend mit dem Ruhrkampf und dem Verhandlungsproblem. Diese internen Beratungen geben natürlich zu allerhand Gerüchten Veranlassung, die schon durch die Tatsache erledigt werden, daß die Verhandlungen vertraulich sind.

Noch kein neuer Reparationsplan.

Die „Gepresst-Korrespondenz“ meldet: Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ behauptet, es befände sich nach Besprechungen des Reichsfinanzministers mit dem Staatssekretär Bergmann ein neuer Reparationsplan in Vorbereitung, der auch die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden habe. Wie wir dazu hören, ist diese Angabe unzutreffend. Innerhalb der Reichsregierung finden zwar ständig Ressortverhandlungen statt, die besonders dem Zwecke dienen, den seinerzeit in Paris bereitgehaltenen Vorschlag der Reichsregierung den jetzigen Verhältnissen anzugleichen. Ein neuer Plan ist nicht ausgearbeitet und kann daher auch nicht die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden haben.

Die „Rote Fahne“ erscheint wieder. Wie wir erfahren, ist die Verbotsfrist der „Roten Fahne“ berart abgekürzt worden, daß das Blatt vom nächsten Sonntag ab wieder erscheinen kann.

„Die Rote Schmach“. Schriftleiter Ludwig Kapeller teilt uns mit, daß er bei seiner vom Reichspostministerium verbreiteten Schilderung der Vandalen des Telegraphenzeugamts in D. keineswegs die Arbeiterschaft oder eine ihr nahelebende Partei habe verunglimpfen wollen. Er bedauere außerordentlich, wenn durch die Ueberschrift „Die Rote Schmach“ ein derartiger Eindruck erweckt worden sei. Wir nehmen von dieser Erklärung gerne Kenntnis, können aber ein gewisses Ersäunen darüber nicht unterdrücken, daß es Herrn Kapeller nicht bekannt war, in welcher gefälliger Weise unter der Parole „Die Rote Schmach“ von rechtsgerichteter Seite gegen die sozialistische Arbeiterbewegung gehetzt wird.

Die Behaltsregelung im Reich.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit den letzten Beschlüssen der Beschlüsse. Gen. Steinbock übte scharfe Kritik an der Art der Erhöhung der Beamten- und Arbeiterbezüge. Vor allem wandte er sich gegen die Lohnschwundwirtschaft und erinnerte die Regierung an ihr Versprechen, zum 1. April die Grundgehälter zu erhöhen. Wenn die gegenwärtige Regelung eine Notstandsaktion sei, und die Zulage sich tatsächlich als eine einmalige Zulage auf verschiedene Monate verteilt auswirke, solle man sie wenigstens einheitlich gestalten, wie es bisher der Fall gewesen sei. Steinbock beantragt: „Der Ausschuß für den Reichshaushalt ist damit einverstanden, daß bis zur Neuregelung der Grundgehälter, die rasch herbeizuführen ist, den Reichsbeamten ein Vorschuß von je 120 000 M. vom 1. März 1933 ab gezahlt werden darf.“

Staatssekretär Schröder und Ministerialdirektor v. Schlieffen wandten sich gegen diesen Antrag. Sie betonten und gaben zu Protokoll, daß die gegenwärtigen Zulagen keine einmaligen Zulagen seien, sondern eine Erhöhung der laufenden Bezüge darstellten, und die Beförderung ungerechtfertigt sei, daß vom Juni ab die ursprünglichen Februargehälter gezahlt werden. Genosse Bender erklärte, daß die Gewerkschaften dem Vorschlag der Regierung nicht zugestimmt hätten. Schließlich läßt die Regierung noch mitteilen, daß sie bereit sei, die Grundgehälter so schnell wie möglich neu zu regeln.

Bei der Abstimmung wird entgegen dem Widerspruch der Sozialdemokraten nicht zuerst über den sozialdemokratischen Antrag, sondern über die von der Regierung gewünschte Formulierung abgestimmt, die ihr die Ermächtigung gibt, die Zahlung des Monatsgehälts im April und Mai vorzunehmen. Der Antrag der Sozialdemokraten war damit von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Der Vorschlag der Regierung fand dann einstimmige Annahme.

Erziehung zur Staatsgesinnung.

Bei der Beratung der einzelnen Titel des Etats der höheren Schulen im Hauptausschuß des Landtags besprach Genosse Dr. Baentgen den Geist der höheren Schulen von seinem Standpunkt als Universitätsprofessor. Er sieht einen verbesserten Unterricht vor allem in der deutschen Sprache als dringend notwendig an. Besonders wichtig sei die Erziehung zur Staatsgesinnung und politischen Persönlichkeit. Die Ursache für den Mangel auf diesem Gebiete sei wohl die Einstellung auf den alten Staat. Daran werde sich auch nichts ändern, solange das Ministerium und seine Arbeit sich nicht entsprechend geändert habe. Vor allem sei Staatsgesinnung nicht zu erzielen, wenn sie nicht mit einer bestimmten Staatsform als Grundlage verbunden werde. Das sei aber bei der Behandlung des Staates in der Form des Ministers Boettich nicht der Fall.

Der folgende Verlauf der Aussprache gab nun eine Reihe von Beispielen über die Art des „parteilosen“ Geistes, in dem die höheren Schulen zur Staatsgesinnung erziehen werden. So berichtete der Genosse König über den Geist am Staatlichen Gymnasium in Salzwedel, den besonders der dortige, auch auf die Republik vereidigte Direktor vertritt. Ganz abgesehen davon, daß er in den Lehrerkonferenzen deutschnationaler Literatur verbreitet, macht er auch monarchistische Propaganda im Unterricht für die Hohenjollern. Republikanische Minister sucht er ständig herabzusetzen, das Parlament wurde nach dem ministeriellen Verbot des Tragens sein täglich und ständig sichtbar gemachtes Abzeichen. Auch am Städtischen Gymnasium in Salzwedel wird der gleiche Geist gepflegt von dem Anstaltsleiter und seiner Stellvertreterin. In Schulaussagen wird die Sozialdemokratie herabgesetzt. Die Nachricht von der Ermordung Erzbergers ließ bei dem Stellvertretenden Präsidialdirektor Dank aus. Die Verfassungsfeier am 11. August wird durch die Kleidung der Schülerinnen sicher auf entsprechende Anweisung als Trauerfeier für sie gekennzeichnet. Zulammengefaßt in den Deutschnationalen Jugendbund „Altpreußen“, machen Gymnasiasten in Insterburg Schießübungen mit Brownings.

Die Erklärungen der Regierung diesen Dingen gegenüber waren völlig ungenügend.

Der beleidigte Staatsgerichtshof. Wegen Beleidigung des Staatsgerichtshofes in Leipzig und des Senatspräsidenten Dr. Hagens ist gegen den Redakteur der „Roten Fahne“ Steinfeldt Anklage erhoben worden. Die Beleidigung wird in einer Kritik über die Führung des Rathenau-Prozesses erblickt.

KleinStadtzeitungen.

Von Ernst Grau.

Das ist nun ein Kapitel, das zu den jammervollsten in unserer jungen Republik gehört. Ein leidiges Kapitel, über das man schon so unendlich viel geschrieben hat und doch immer wieder schreiben muß. Denn es gibt reichlich Aufschluß über die Frage: Warum steht gerade in den deutschen Kleinstädten der schwarzweißrote Spießer so vollendet in Blüte.

Sage mir, was einer liebt, und ich will dir sagen, was er ist. Man kann von einer KleinStadtzeitung im allgemeinen getrost sagen, daß sie den Wünschen all ihrer Leser „voll und ganz“ entspricht. Sie ist leider häufig genug im Städtchen, ja im ganzen Kreise das einzige Blatt. Die Spießer sind an die Kasse, die es bietet, von Kindesbeinen an gewöhnt, haben das freisinnliche Ciapopeia mit der Muttermilch eingesaugt, ahnen wohl gar nicht, daß es überhaupt noch etwas anderes gibt. Jene winzige kleine Schicht von Menschen, die politisch und literarisch andere, zeitgemäßere Ansprüche stellt, zählt gar nicht. Mag sie doch fern bleiben. Das Kreisblatt gedeiht auch ohne sie.

Geht man der Sache auf den Grund, dann findet man, daß diese Kreisblätter in Landbezirken den Großhagariern, im Industriegebiet den Großindustriellen fast bedingungslos ergeben sind. Ihr Bestehen ist ihnen also damit eng umgrenzt vorgezeichnet. Sie sind fast stets offen oder verdeckt „treu monarchistisch bis auf die Knochen“, dienen daneben der Republik als Amtsblatt, spähen aber ständig nach Gelegenheiten, dieser selben Republik einen Radebsch, einen Fuchritzt zu verfechten. Sie treiben im politischen Teil sozusagen passive Resistenz. Daneben bringen sie in wonniger Abwechslung Stadtkraut, Kochrezepte, Kalenderweisheiten, Hindenburgbilder und verwässerte Zwanzigmork-Romane. Einer geistigen Höhe, weder über noch unter dem Strich, kann sie auch ihr ärgster Feind nicht beschuldigen.

Man muß nun in Betracht ziehen, daß auch eine Zeitung ein geschäftliches Unternehmen ist, ihrem Besitzer also einen materiellen Nutzen bringen soll. Und daß auch der Redakteur eines solchen Blattes nur ein besser oder (meist) schlechter bezahlter Angestellter ist, der den Wünschen (Nies: Befehlen!) seiner Brotherrn unbedingt nachkommen muß, will er sich auf seinem Maße behaupten. Fast immer ist er ein gefügiges Werkzeug in der Hand des Verlegers, das dieser als notwendiges Übel duldet, da er ja schließlich doch einen Menschen haben muß, der ihm die Zeitung zusammenklebt. So ist es denn leicht zu erklären, daß man einen Kleinstadredakteur, der in dem ihm anvertrauten Blatt eigene Wege geht, überhaupt nicht finden kann, selbst wenn man ihn mit der bewußten Diogenes-Laterne sucht. Die Beziehungen zwischen Verleger und Redakteur, zwischen Inzerat und Letztteil sind in den allermeisten Fällen enger, als der Laie gemeinhin glaubt. Und wenn vielleicht doch mancher Redakteur seinem Blatte einiges „Kloaen“ geben möchte, stets wird er in einem erfolglosen Kampfe mit seinem Verleger unterliegen. Denn diesen sind in erster Linie die Interessen seiner Geldgeber und Inzerenten maßgebend, und dieser Punkt ist schließlich der ausschlaggebende, dem sich auch der Redakteur beugen muß.

So greift ein Rad ins andere, und es geschieht nichts, aber auch gar nichts, um Wandel zu schaffen. Gewiß ist es schwierig, hier durchgreifende Maßnahmen zu treffen. Wie schon eingangs erwähnt, ist es stets nur eine kleine Schicht, die mit der politischen und literarischen Einstellung, der geistigen Dede und Leerheit dieser Blättchen nicht einverstanden ist. Aber sie ist machtlos. Der Verleger belächelt ihren Widerstand. Denn er weiß ja, daß die wenigen nie kräftig genug sein werden, eine Konkurrenz auf die Beine zu stellen. Er wird sich immerhin seine antirepublikanische Politik weilermachen, wie seine Hintermänner sie ihm vorschreiben, und was er unter dem Strich bringt, wird immer wieder billige Gehirnverfälschung überflüssiger Sorte sein. Schließlich kann er ja auch nichts dafür, daß seine Leser unentwegt nach der Courty-Mahlerei verlangen, allenfalls sich noch die igitischen Ausscheidungen irgendeiner Lokalgröße gefallen lassen. Wehe dem Redakteur, der einmal mit der Republik liebäugelt, der es wagt, eine geistvolle Satire zu bringen. Ganz Stimpfungen läßt er mit schiefem Flusj auf dem Sofa und nähme übel. Und einige Dugend Briefe mit der fürchterlichsten Drohung sofortiger Abbestellung hätte er sicher zu gewärtigen. Dazu eine nicht minder angenehme Aussprache mit seinem Verleger, der ihm die Freude an solchen Seitensprüngen für allemal nähme.

Gewiß wird man hier und dort lobenswerte Ausnahmen kennen. Doch es sind eben nur Ausnahmen! Im allgemeinen aber ist die heutige Provinzpresse meist nicht geeignet, das republikanische Wesen in Deutschland zu verbreiten und zu festigen. Sie wirkt eher wie ein Hemmtuch, den man je eher, je lieber abstellen sollte. Mag man doch einmal einigen hundert Blättchen dieser Spielart das amtliche Publikationsrecht und den Staatszuschuß entziehen. Vielleicht, daß dadurch Wandel geschaffen wird. In vielen Klöpfen in Stadt und Land ist nun einmal die Ansicht eingekeilt, daß nur das, was im „Amtsblatt“ steht, das Richtige ist. Hier zeigt sich also ein Weg. Man übertrage den amtlichen Teil in allen angängigen Fällen der republikanischen Presse.

Es wird sich lohnen.

Die Tragikomödie unseres Zeitalters wollte der Hamburger Rudolf Klutmann mit seiner Groteske „Der Tanzbar“ schaffen, die vor einigen Tagen in den Hamburger Kammertheatern zum erstenmal gespielt wurde. Das fünfaktige Stück hat, wie uns aus Hamburg geschrieben wird, eine hübsche Figur zum Mittelpunkt, einen närrischen Propheten, den eine russische Revolutionärin in ihren Bann zwingt. Er soll den Höhen Kapitalismus stürzen, der im Chef eines Weltkaufes, Mac Bin, der großen Spinne, seine groteske Verkörperung findet. Im Rosenwäldchen staut das Chaos der Zeit in das Geschehen. Auf einer Riesentribüne soll der Tanzbar das Evangelium einer neuen Welt einer Million durch Riesentrommeln zusammengetrommelter Menschen verklären. Im letzten Akt erbeutet man das Raubtier in ihm die Oberhand: er lufmordet die fanatische Russin. Mac Bin aber spricht an seiner Stelle zu den Massen... Erich Ziegel hatte sich des als Schrei in die Zeit, als Dokument einer revolutionären Epoche wertvollen Werkes mit vieler Liebe angenommen. Mit Karl Zistig, Johanna Hoffart, Maria Boja und Friz Ehler verjäharte er ihm einen lebhaften Erfolg, für den der Autor wiederholt danken durfte.

Aus der himmlischen Rangliste. Der Jahresbericht des Bayerischen Automobilklubs beginnt mit folgenden Worten:

„Der Berichtsjahr brachte dem Klub dadurch eine besonders erfreuliche Auszeichnung, daß Seine Königliche Hoheit Prinz Rupprecht die hohe Gnade hatten, das Protokoll des Klubs, das bisher sein Allerhöchstdienerlicher Vater weiland Seine Majestät König Ludwig III. inne hatte, zu übernehmen. Seine Königliche Hoheit hat dadurch dem Klub, dem er bereits seit vielen Jahren angehörte, erneut bewiesen, welche hohes Interesse er dem Klub bewahrt hat. Am 24. März wurde die Uebernahme des Protokolls durch Seine Königliche Hoheit mit einem Herrenessen feierlich begangen, an dem Allerhöchstdienerliche die hohe Gnade hatte, teilzunehmen.“

Nach der bayerischen Automobilklubologie gibt es im Himmel verschiedene Rangstufen der Seligkeit. Die abgestiegenen Seelen zerfallen in allerhöchsteilige, höchstselige und gemeine Seelen. Die letzteren scheinen im bayerischen Paradies besonders zahlreich zu sein.

„Kirchen als Klubgebäude.“ Ein Leser schreibt uns: Die Tatsache, daß man, wie die Kritik in Nr. 83 besagte, Kirchen in Klubgebäude verwandelt, ist keineswegs neu oder eine Erfindung der Russen. In den Vereinigten Staaten, wo vollständige Religionsfreiheit herrscht, sind sogar schon anrüchliche Lokale in Kirchen verwandelt worden und — vice versa. Aber wir brauchen gar nicht nach Amerika zu gehen. Unsere Genossen in Belgrad belügen, oder belügen wenigstens bis zum Kriege, ein geräumiges, für serbische Verhältnisse großes Volkshaus, den „Narodny dom“, der ursprünglich gottesdienstlichen Zwecken diente. Wie mir seinerzeit der im Weltkriege gefallene serbische Sozialist Tuzomitsch mitteilte, war das Gebäude ursprünglich eine Kirche, die einging. Eine Bank, die die Kirche übernahm, machte Vieles. So erwarteten preiswert unsere serbischen Genossen dieses ehemalige Gotteshaus und richteten sich darin häuslich ein. In den Räumen wurden die gewerkschaftlichen und Parteiorganisationen untergebracht. Der „Narodny dom“ wurde zum Mittelpunkt der Arbeiterschaft Belgrads, wo es immer sehr lebhaft zugeht, und in deren Gastwirtschaftsgarten es sich im Kreise serbischer Genossen in lauen Sommernächten angenehm sitzen ließ. Wenn heute die Russen das Gebäude tun, so sind sie eigentlich sehr spät auf die Idee gekommen, Kirchen praktisch zu verwenden. Aber immerhin: besser spät als gar nicht. Es wäre zu wünschen, daß die halb leerstehenden und nun mangelhaft benutzten Tempel aller Richtungen auch bei einer notwendigen und nützlicheren Verwendung zugeführt würden. B. R.

Das Renaissance-Theater wurde zu einem Anstaltsstück nach Holland eingeladen, wo es „Die Juden“ von Thiriot, „Kampf der Geschlechter“ von Argubolchen und „Wien“ von Gabriel Dorfmann“ mit Emanuel Reichler zur Aufführung bringen wird.

Der Ausschuß der deutschen Volkshilfsvereinigungen hat seine Ausbildung beschlossen. Der Vorstand hat die Beschlüsse und Materialien dem Reichsministerium des Innern überreicht, das sie als Grundstock eines Archivs für Volkshilfe zu erhalten beabsichtigt. Das Archiv und seine Handhabe sollen allen deutschen Volkshilfsvereinigungen, Behörden, privaten Vereinigungen und Einzelpersonen zur Verfügung. Es befindet sich an Poststraße 7 und ist für Besucher wochentags von 9-2 Uhr geöffnet.

Entschlossen zur Abwehr.

Aktiver Kampf verurteilt.

Zu Beginn dieser Woche fand, wie WTB berichtet, eine Tagung der führenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer aller Wirtschaftszweige und politischen Richtungen des gesamten Reiches und Einbruchgebiete statt, die im Anschluß an die Erledigung grundlegender wirtschaftlicher Fragen einstimmig folgende Entschlossenheit fasste:

„Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Richtungen aus den aktiven und Einbruchgebieten an Rhein und Ruhr, Mosel, Aachar und Main sowie aus dem übrigen Deutschland bringen erneut den unerschütterlichen Willen zum Ausdruck, ungeachtet aller Not und Leiden, aller Bedrückungen, feilscher und löcherlicher Mißhandlungen den passiven Abwehrkampf fortzuführen.

Mit derselben Entschlossenheit, mit der sie jeden aktiven Kampf verurteilen, mit derselben Entschlossenheit, mit der sie jede Möglichkeit zu Verhandlungen als Gleichberechtigte erfaßt zu sehen wünschen, lehnen sie die Entgegennahme eines Diktats ab. Auch sie wollen, daß der Ausgangspunkt jeder Verhandlung die Sicherung der völligen Räumung der Einbruchgebiete sein muß, Schadloshaltung der durch den Einbruch an Leib und Gut Geschädigten, Freilassung der widerrechtlich Gefangenen, Rückkehr aller aus ihrem Wirkungsbereich Vertriebenen.

Das Ziel der Verhandlungen soll Erhaltung des gesamten deutschen Landes und eine Lösung des Reparationsproblems sein, die bei Uebernahme aller Reparationsverpflichtungen, die Deutschland tragen kann, uns gestattet, als freie Männer zu arbeiten und zu leben.“

Die Eisenbahnerausweisungen.

Stolberg (Rheinland), 12. April. (WTB.) Gestern mußten 20 Dienstwohnungen am Hauptbahnhof Stolberg von den Eisenbahnern geräumt werden.

Köln, 12. April. (WTB.) Die Zahl der in Neuzug aus den Wohnungen getriebenen Eisenbahnerfamilien ist auf 36 gestiegen. Aus dem Bahnhof Hönningen (Rhein) haben heute nachmittag fünf Beamte den Befehl erhalten, ihre Dienstwohnungen zu räumen.

Münster, 12. April. (WTB.) Die Bahnstrecken Redlinghausen-Süd, Redlinghausen-West und Redlinghausen — Wallrop sind militärisiert worden. In Bochum haben die Franzosen heute vormittag wegen angeblich verweigert Requisition des Rathaus und ein weiteres städtisches Verwaltungsgebäude besetzt und abgesperrt. Die Beamten wurden vertrieben. Der Dienstbetrieb liegt still.

Buer lehnt die Bezahlung der Geldbuße ab.

Buer, 12. April. (TU.) Der Vertrauensauschuss des Magistrats hat sich heute morgen in einer außerordentlichen Sitzung mit der Geldbuße von 50 Millionen Mark beschäftigt, die die Franzosen der Stadt wegen der Sprengung einer Brücke der militärischen Eisenbahn auferlegt haben. Der Magistrat protestiert energisch gegen die Behauptung, daß der Altentäter in Buer ortsanfällig sei. Diese Behauptung sei durch nichts erwiesen. Der Magistrat erhebt weiter scharfen Einspruch gegen die Wiedereinführung der Verkehrsperre. Schließlich erklärt der Magistrat, daß er sich ganz entschieden weigert, die Geldbuße zu bezahlen.

Die italienischen Gewerkschaften an Poincaré.

Rom, 12. April. (WTB.) Italienische Gewerkschaften schicken an den französischen Ministerpräsidenten einen Protest gegen das Vorgehen der Franzosen in Essen und verlangen die Beendigung des Konflikts durch Ueberweisung der Angelegenheit an den Völkerverbund.

Lächerlich geringe Kohlenenergie.

Paris, 12. April. (WTB.) „Echo National“ schreibt, daß trotz des unerschütterlichen Optimismus des Ministers für öffentliche Arbeiten die Requisition von Kohlen und Koks im Ruhrgebiet eine lächerlich geringe Menge nicht überschreite.

Die Wahrheit über Bayern.

Heim gegen Hitler.

München, 12. April. (Eco.) Reichstagsabgeordneter Dr. Heim veröffentlicht heute in der „Bayerischen Staatszeitung“ Betrachtungen zu den politischen Zeitströmungen, wobei er sich besonders eingehend mit der Propaganda der rechtsaktivistischen Kreise beschäftigt. Er schreibt wörtlich:

„Angenommen, es werde Hitler gelingen, in München die Macht an sich zu reißen, die Vertreter der Presse zu hängen, die Regierung davonanzuziehen, was würde dann geschehen? In Bayern will der größte Teil der Bevölkerung von einer solchen Politik nichts wissen. Nicht nur die Linksparteien sind Gegner, sondern in diesem Falle auch ein großer Teil unseres Volkes, vor allem die Bauern, aber auch der arbeitende Mittelstand und ein großer Teil unserer Beamtenschaft. Es könnte sich also nur darum handeln, daß es einer nationalaktivistischen Gruppe gelingt, ohne Rücksicht auf die Anschauung der Mehrheit des Volkes, genau so wie im November 1918, nach den gleichen ungerechten und falschen Rezepten für kurze Zeit Bayern den Willen einer mit Gewalt arbeitenden Minderheit aufzubringen. Es wird dann einen Kampf geben im Innern, den Bürgerkrieg.“

Dr. Heim führt dann weiter aus, daß das übrige Deutschland bei diesem Bürgerkrieg nicht Gewehr bei Fuß stehen würde, sondern daß sich das Bild vom April 1919 wiederholen und das umliegende Deutschland in Bayern einfallen und gegen die bayerische Rechtsbewegung die Waffen ergreifen würde. Da im gleichen Augenblick Bayern von aller Zufuhr von Rohstoffen aus dem übrigen Deutschland abgeschnitten würde, könnte es sich nur um eine Episode von vielleicht 100 Tagen handeln. Auch feindliche Truppen, vor allem französische und tschechoslowakische würden voraussichtlich in diesem Falle gegen Bayern in Marsch gesetzt werden. Das Ende dieser „Politik der Tat“ wäre für Bayern der Verlust des letzten Restes seiner Selbstständigkeit. Dr. Heim schließt mit den Worten: „Ein Handeln, ohne an das Ende zu denken, hätte ich für ein Verbrechen.“

Man wird die Ausführungen des Herrn Dr. Heim im Zusammenhang mit der Entwicklung betrachten müssen, die die politischen Verhältnisse in Bayern genommen haben. Das Organ des Herrn Held, der „Regensburger Anzeiger“, war Ende vorigen Monats außerordentlich scharf gegen Ludendorff vorgegangen. Den Kreisen um Rupprecht von Wittelsbach sagte man eine ähnliche Stellungnahme nach. Da man in Bayern vielfach Hitler lediglich als die Strohfigur Ludendorffs betrachtet, wendet sich offenbar auch der sehr bemerkenswerte Aufsatz Heims gegen den deutsch-völkischen General. Es scheint also, daß die Mißstimmung gegen den einst mit so großer Begeisterung aufgenommenen preussischen Gast immer stärker wird.

Was tat Klotz in London?

Paris, 12. April. (WTB.) Ueber die Reise des ehemaligen Finanzministers im Ministerium Clemenceau, Klotz, nach London, berichtet „Havas“: Sein Aufenthalt in London sei erst am letzten Tage von den Journalisten bemerkt worden. Im übrigen seien strenge Anweisungen erteilt worden, daß seine nur den französischen Beamten bekannte Anwesenheit geheimgehalten werde. Die drei Tage, die Klotz in London zugebracht habe, seien besonders reichlich ausgefüllt gewesen. Vom Sonntag, dem Tage seiner Ankunft, bis gestern Abend 11 Uhr, habe er eine eifrige Tätigkeit entwickelt. Ueber den Zweck seines Besuchs, der bereits vielfach kommentiert wird, und den die Blätter mit der Reise Boucheurs in Zusammenhang brachten, sei nichts durchgesickert. Es heiße, daß Klotz Unterredungen mit offiziellen englischen Persönlichkeiten gehabt habe. Man habe jedoch für dieses Gerücht keinerlei Bestätigung. Im Gegensatz dazu wird in Regierungskreisen behauptet, man wisse nichts von seiner Anwesenheit in London. Da Klotz sein Programm erledigt habe, habe er heute früh London verlassen. Seine Abreise sei fast zur gleichen Zeit wie seine Ankunft in London bekannt geworden; denn man hätte angenommen, daß er erst gestern in London eingetroffen sei.

Klotz, der formell der Radikalen Partei angehört, war Minister unter Clemenceau, ebenso wie Boucheur, aber auch wie Tardieu. Nach seinen allgemeinen politischen Tendenzen wäre es eigentlich schwer anzunehmen, daß er sich im Sinne der Verständigung in London betätigt haben sollte. Doch gehört er auch zu den intimen Beratern Millerands, der angeblich mit Boucheurs Reise einverstanden war, und außerdem besitzt er gute Beziehungen zur internationalen Finanzwelt.

Der Memeler Streik.

Noch kein Friedensschluß.

Memel, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiederaufnahme der Arbeit ist bisher immer noch nicht vollständig erfolgt, da der Oberkommissar der Forderung der Gewerkschaften, die politischen Gefangenen freizulassen, bisher nicht nachgegeben ist. Bedingt die Geschäfte haben den Verkaufsbetrieb wieder vollkommen ausgenommen. Die Vertreter der Gewerkschaften haben dem Oberkommissar am Donnerstag mittag erklärt, daß der Streik fortgesetzt wird, falls die politischen Gefangenen nicht sogleich freigelassen werden.

Erst jetzt wird eine Verordnung des Oberkommissars vom 7. April bekannt, die „fremden Staatsbürgern“, d. h. nicht eingeborenen Memelländern, verbietet, in Versammlungen als Redner aufzutreten, Zeitungen oder Zeitungen zu redigieren und an den Maßnahmen der Litauer Kritik zu üben. Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, soll mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit einer Geldstrafe bis zu fünf Millionen Mark bestraft werden. Im Wiederholungsfall wird nur auf Gefängnis erkannt.

Sikorcki als polnischer Hakatist.

Eine Rede des polnischen Ministerpräsidenten.

Warschau, 12. April. (WTB.) In seiner Rede auf dem Rathaus in Posen sagte der polnische Ministerpräsident, daß Deutschland zu Reparationen rüste und nach der Beseitigung des Korridors strebe. Die deutsche Bevölkerung Polens hätte in vier Jahren nicht einmal die polnische Sprache erlernt, um den Ministerpräsidenten in polnischer Sprache begrüßen zu können. (!) Es läge im unmittelbaren Interesse Polens, daß der historische Prozeß der Entdeutschung der westlichen Wojewodschaften sich in möglichst kurzer Zeit vollziehe. Es sei immer so, daß der Starke recht hat und der Schwache als der Besiegene gelte und in den Hintergrund treten muß. Der Ministerpräsident erklärte ferner, daß am Vorabend der Vollstreckung der Liquidierung deutscher Besetzungen die

bisherige Nachgiebigkeit Polens endgültig ein Ende finden

müsse. Zur Frage der deutschen Unfriede erklärte er, daß man ihre Entgegnung mit der größten Genauigkeit durchzuführen werde. Pressevertretern erklärte Sikorcki noch, daß das Verhältnis Polens zu Danzig unbedingt geändert werden müsse, und zwar so, wie es die Interessen Polens erforderten. Danzig wolle gegenwärtig nur Vorteile aus dem Verhältnis zu Polen ziehen und gebe seine Verpflichtungen nicht zu. In Zukunft müsse die ganze Entwicklung Danzigs von Polen abhängen.

Die polnische Regierung habe nicht die Absicht, die bisherige Nachgiebigkeit weiter zu üben.

Die Rede hat in der hiesigen deutschen Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Man hatte angenommen, daß der Ministerpräsident bei seiner Anwesenheit in Posen Gelegenheit nehmen würde, die nationalen Gegensätze zu mildern. Statt dessen hat er die nationalen Gegensätze noch erheblich verschärft.

Die Opfer der Fremdenpolizei.

Nach 30 Jahren ausgewiesen.

Wissen, 12. April. (TU.) Die Berufung des reichsdeutschen Oberingenieurs der Stoda-Werke, Georg de Bron, gegen seine Ausweisung aus der Tschechoslowakei ist vom Innenministerium und auch vom Oberverwaltungsgericht verworfen worden. De Bron muß nunmehr die Tschechoslowakei verlassen. Er hat seinen Posten bereits seit mehr als 30 Jahren verwaltet.

Ist etwa diese Ausweisung eine Vergeltung für die Ausweisungen, die die deutsche Fremdenpolizei vorgenommen hat?

Noch ein Erzbischof erschossen.

London, 12. April. (WTB.) Ein Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ berichtet, daß der Metropolitan-Erzbischof von Petersburg, Benjamin, der vor einigen Jahren zum Tode verurteilt worden war, und über dessen Schicksal Ungewißheit herrschte, wie jetzt bekannt werde, in dem „Buntkeller“ der außerordentlichen Kommission erschossen worden sei.

Ein Verleumdungsversuch für Zepiat.

Danzig, 12. April. (Wrb.) „Gazeta Odnasza“ will wissen, daß der in Moskau zu zehnjähriger Einzelhaft verurteilte Erzbischof Zepiat zum Lemberger Erzbischof ernannt werden soll. Man hoffe ihn auf diese Weise schnellstens freizubekommen.

Moskau, 10. April. (WTB.) Die Verhandlung gegen den früheren Patriarchen Tichon ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Zum Vorsitzenden in diesem Prozeß wurde Galtin, zum Staatsanwalt Krylenko bestimmt. Bobrjischew-Pustkin wird die Verteidigung übernehmen.

Deutschlandstudien einer Sowjetkommission.

Moskau, 12. April. (OC.) Eine Abordnung des Moskauer Sowjets hat sich nach Deutschland begeben, um das Wirtschaftsleben zu studieren. Der Abordnung gehören an: der Leiter der Moskauer Kommunalverwaltung, Lawrow, der Sekretär des Moskauer Sowjets, Dorosjew, der Sekretär des Moskauer Gouvernementsrates, Pawlow, und der Chef der Moskauer Straßenbahnen, Gorbko.

Wirtschaft

Die Pflicht der Bodenbewirtschaftung.

Durch die Bekanntmachung des Reichsministers vom 15. März 1918 über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken ist in reichsrechtlich wirksamer Weise zum ersten Male der Grundbesitz zum Ausdruck gebracht worden, daß auch die Nutznießer landwirtschaftlichen Bodens über diesen Boden kein unbegrenztes Verfügungsrecht besitzen, daß vielmehr das „Dobereignung“ und das oberste Verfügungsrecht dem Gesamtvolke zusteht. Eine aus dieser Bekanntmachung herausgearbeitete neue Gesetzesvorlage will denselben Rechtsgrundbesitz zum dauernden Recht machen, wenn auch nicht für alle Fälle des hier in Betracht kommenden Rechtsverkehrs, so doch für die von größerer Wirtschaftsbedeutung. Die öffentliche Hand soll danach entscheiden, ob ein Ruhezbergang — sei es Veräußerung, Pachtung oder Verleihung — von dem einen zum anderen erfolgen darf oder nicht. Und als Maßstab für die Genehmigung oder Verfiigung dienen die übergeordneten Belange der Volksgesamtheit.

Aber das, was das werdende Gesetz schützen soll, wird größtenteils nur kurze Zeit geschützt: im Augenblick des Ruhezbergangs übergeben. Wurde bei dieser Gelegenheit die zur Entschädigung berufene Stelle getauscht, so ist keine Rechtsmacht mehr in der Lage, Unheil zu verhindern. Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, daß gleich nach Uebernahme oder einige Zeit darauf der neue Besitzer das Grundstück nicht mehr ordnungsgemäß bewirtschaftet, es vielmehr verfallen läßt, oder dessen Ackerkulturen in Jagdgründe umwandelt.

Ebenso greift das Gesetz in Erbgangsfällen überhaupt nicht ein, wie es noch viel weniger dazu angeht, eine Aufsicht über die laufende Bodenbewirtschaftung herbeizuführen. Eine solche Aufsicht oder Ueberwachung ist jedoch am Ende noch viel notwendiger, als diejenige, die bei den bloßen Ruhezübergängen erfolgen soll oder kann. Denn eine dauernd schlechte oder ungenügende Bewirtschaftung vieler Landwirtschaftsbetriebe schädigt die Volksernährung und die Gesamtwirtschaft noch erheblich mehr, als die Verfiigung der Genehmigung beim Grundstückswechsel vielleicht verhindern kann.

Nun gibt es allerdings auch schon für dieses Bodenrechtsgebiet eine Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft, die Verordnung über die Sicherung der Landbewirtschaftung vom 4. Februar und vom 11. April 1918. Inhaltlich ist sie eine Fortbildung der Kriegsverordnung vom 9. März 1917. Die darnach möglichen Maßnahmen haben jedoch, nach dem Urteil aller Sachkenner, bisher noch vollständig verfallen. Schuld an diesem Versagen ist nicht bloß das Unzulängliche der Bestimmungen selbst, sondern mehr noch der dafür vorgesehene Aufsichtsinstitut, der ein rein behördlich-bureaucratischer ist. Die Grundgedanken selbst sind gut und richtig, und es muß deshalb jetzt gründlich erwogen und geprüft werden, wie diese Ueberwachung wirksamer gestaltet werden kann. Die Wahrung ist nicht bloß notwendig im Hinblick auf die gesteckten Ziele, sondern auch noch mehr im Hinblick auf die nachdrücklich zu fördernden Bestrebungen zur Durchführung des 1921/22 vom Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft aufgestellten als „Hilfswerk“ bezeichneten landwirtschaftlichen Produktionsprogramms, zu dessen Grundgedanken der Produktionssteigerung man sich auch als Sozialdemokrat gut und gern belennen kann.

Der deutsche Kulturboden ist das teuerste und kostbarste Nationalgut des deutschen Volkes. Je besser und je ausgiebiger genutzt wird, um so segensreicher wird das für das ganze Volk sein. Obnedies bestimmt die Reichsverfassung im Artikel 155 ausdrücklich:

„Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft.“

Aufgabe der Gesetzgebung und Verwaltung ist, dieser Verfassungsbestimmung den bestmöglichen Inhalt zu geben. Das dürfte sich dadurch herbeiführen lassen, daß die Ueberwachungspflichten grundsätzlich und praktisch auf Selbstverwaltungskörperlichkeiten übergeleitet werden. Geeignet dazu erscheinen die nach Artikel 165 der Reichsverfassung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmer auszubauenden Landwirtschaftskammern. Ihrer Umföpfung muß die Durchorganisierung bis in das kleinste Dorf und in die entlegenste Gutswirtschaft folgen, unter Mitwirkung auch der Betriebsräte und der Gewerkschaften, aber auch von Vertretern der übrigen Volksschichten, besonders der letzten Verbraucher oder der Verbrauchergenossenschaften.

Jeder Landwirt ist mit dem ihm anvertrauten Boden Treuhänder der Gesamtheit; als solcher muß er die Betriebsüberwachung durch die öffentlichen rechtlichen Selbstverwaltungskörperlichkeiten mit schließlich beständlicher Oberaufsicht zu werten und als selbstverständlich hinzunehmen lernen. Wer sich bewußt ist, daß er seine als Treuhänder übernommenen Pflichten erfüllt, hat von dieser Ueberwachung wirklich nichts zu fürchten, er wird im Gegenteil noch Anerkennung ernten. Denn man wird zur Erzielung von Höchstleistungen selbstverständlich auch Anreizprämien ausschütten. Wer aber diese Pflichten in böswilliger oder nachlässiger Weise veräußt, oder wer unfähig ist, sie zu erfüllen, der muß es sich auch gefallen lassen, daß die Ueberwachungsstelle über das ihm anvertraute Bodenbesitzum so verfügt, wie sie nach Treu und Glauben es der Volksgemeinschaft einbildig ist.

In diesem Sinne bedürfen wir zur Ergänzung des Gesetzes über den Rechtsverkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken ein weiteres Bodenrechtsgesetz, das etwa in Fortführung der Bekanntmachungen vom 4. Februar und vom 11. April 1918 „über die Sicherung der Landbewirtschaftung“ ersehen sollte.

Dr. H. Albrecht.

Die Kölner Messe verschoben. Der Ausschussrat des Reichsausschusses hat beschlossen, die für den 6. bis 12. Mai d. J. angelegte erste Kölner Messe auf den Herbst zu verlegen. Die Messe wird in der Woche vom 9. bis 15. September d. J. stattfinden. Bestimmend waren die Verkehrsverhältnisse und die Schwierigkeiten im Warenverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland. Der Entschluß ist um so schwerer geworden, als die Messebauten unmittelbar vor der Vollendung stehen, und die zahlreiche Ausstellerbeteiligung die Gewähr für eine imponierende Schau deutscher Arbeit geboten hätte. Von den gemeldeten Firmen konnte nur die Hälfte zugelassen werden.

Der Interessengemeinschaft zwischen den Rüstern und der Deutschen Petroleum A.-G. hat die Generalversammlung der Rüstern zugestimmt. Dadurch werden diese beiden Unternehmungen der Gemischten Industrie zu einer Einheit verschmolzen. Die Firma führt künftig den Namen Deutsche Petroleum- und Rüsternwerke A.-G.

Das Goldzollgeld vom 16. bis einschließlich 24. April beträgt 499 900 Proz.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind nach folgende amtlichen Devisenkurse nachzutragen: 1 finnische Mark 577,55 Geld, 680,45 Brief; 100 österreichische Kronen 29,70 Geld, 29,86 Brief; 1 tschechische Krone 627,02 Geld, 631,08 Brief; 1 ungarische Krone; 4,68 Geld, 4,87 Brief; 1 bulgarische Lewa 166,08 Geld, 166,92 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 214,96 Geld, 216,04 Brief. — Eine polnische Mark galt im freien Verkehr etwa 40—50 Pfennige.

Bewerkschaftsbewegung

Marktstabilisierung und Lohnpolitik.

„Der Zimmerer“, das Organ des Zentralverbandes der Zimmerer, veröffentlicht in seiner Nummer vom 14. April ein Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe E. B., das in mehr als einer Hinsicht interessant ist. Es heißt so:

Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß die deutschen Arbeitgeberverbände sich an die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herausgegebenen Richtlinien gehalten haben, für den Monat März keine Lohnerhöhungen zu gewähren, sondern höchstens die Löhne an das allgemeine Preisniveau anzupassen. Es steht fest, daß für den gesamten Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, wichtige Bezirke der metallverarbeitenden Industrie, der Papierindustrie, der Baustoffindustrie usw. eine Lohnerhöhung für März nicht gegeben worden ist. Für insgesamt 2,5 Millionen Arbeiter sind die Lohnerhöhungen im Wege der „Anpassung“ durch Schiedspruch festgelegt, im allgemeinen jedoch von Arbeitgeberseite abgelehnt worden. Vielfach sind Schiedsprüche bei unüberwindlichen Gegensätzen gar nicht zustande gekommen. Vielfach sind infolgedessen die Lohnverhältnisse für März gar nicht tariflich geregelt, sondern es werden die Februarwörter auf Grund letzter Angebote der Arbeitgeber tariflos zur Ausführung gebracht.

Um zu verhindern, daß die Anpassungstheorie schließlich doch nach das ganze Lohnniveau insanken bringt, ist nach wie vor entscheidender Wert darauf zu legen, daß die erreichten Spitzenlöhne nicht nochmals „zum Zweck der Anpassung an das Preisniveau“ heraufgesetzt werden.

Der Tarifauschluß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird am 5. April zu einer Aussprache über die Durchführung der Lohnpolitik im Monat März und über die für April in Frage kommenden Richtlinien zusammentreten. Wir richten deshalb auf Veranlassung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an unsere Bezirksverbände die dringende Bitte, vor Bekanntwerden des Ergebnisses dieser Tarifauschließung sich in Erörterungen über die Regelung der Aprillöhne, soweit etwa neue Lohnforderungen gestellt sein sollten, nicht einzulassen. ... Die Notwendigkeit, auch für den April von weiteren Lohnerhöhungen Abstand zu nehmen, ist durch die Fortführung der Stützungsaktion und die Preisbildung auch unbedingt gegeben.

Die Stützungsaktion der Reichsregierung geht unverändert weiter und hat im Laufe der letzten Zeit ihren Charakter als eine auf lange Sicht bemessene Regierungsmaßnahme befestigt. Dies ist in gewissen Gerüchten gegenüber ausdrücklich festzustellen, die behaupten, daß in nächster Zeit mit einem weiteren Anziehen des Dollars zu rechnen sei.

Aus diesem Rundschreiben geht hervor, daß auf Anweisung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Unternehmer im allgemeinen Lohnerhöhungen verweigern. Es sollen „höchstens die Löhne an das allgemeine Preisniveau“ angepaßt werden. Dazu wäre zu bemerken, daß die Gewerkschaften schließlich damit einverstanden wären, wenn die Löhne an das Preisniveau angepaßt würden, oder aber, und das wäre das einzig Richtige, wenn die Preise an das allgemeine Lohnniveau angepaßt würden.

Aber gerade daran hapert es. Diese famose „Anpassung“, von der das Rundschreiben selbst unter Aufzählungszeichen spricht, ist für die Unternehmer gleichbedeutend mit der Verweigerung von Lohnerhöhungen und mit dem Festhalten an den Spekulationspreisen. Ueber den Preisabbau heißt es in dem Rundschreiben:

Anwieweit der Preisabbau allmählich anfängt, sich auszuwirken, ist aus dem in den Anlagen enthaltenen Zahlenmaterial zu entnehmen (das uns nicht zugegangen ist. Die Rebatation). Von Bedeutung ist die ab 1. April in Kraft tretende Herabsetzung der Kohlenpreise, die für die Kohlen des rheinisch-westfälischen Gebietes infolge der Ermäßigung der Kohlensteuer einen Nachstoß der Bruttoholzkohlepreise um etwa 7 1/2 Proz. und für die Stein- und Braunkohle des übrigen Deutschland im Zusammenwirken der Herabsetzung der Rettopreise wie der Kohlensteuer eine Gesamtpreisermäßigung zwischen 11 und 16 Proz. bringt. Bei dem Einfluß, den in der Vergangenheit die in der gesamten Produktionsprozeß sich auswirkende Erhöhung der Kohlenpreise auf die Preisgestaltung gehabt hat, darf für die nächste Zukunft mit einer erheblichen Förderung des angestrebten Preis-

abbaues gerechnet werden. Aber auch hier wird notwendig sein, die einsetzende Entzündung zum Besseren nicht mit weiteren Lohnsteigerungen zu fördern.

Zusammensfassend können wir feststellen, daß die Regierungspolitik in der Preis- und Lohnfrage unverändert fortgeführt wird und von uns zu unterstützen ist und daß auch seitens der Regierung bis in die letzten Tage alles geschehen ist, um auch die einzelnen Länder und die Demobilisierungskommissare über die Bedeutung der richtigen Lohnpolitik im gegenwärtigen Zeitpunkt zu unterrichten. Sollten es die Gewerkschaften an Verständnis für die Lage fehlen lassen, so ist erneut zu hoffen, daß die an der Lohnfestsetzung beteiligten Behörden und die Öffentlichkeit uns in unserem Bestreben unterstützen, auch durch die Lohnpolitik über die Krisis hinaus zu einer Gelungung zu kommen.

Hier ist ein Preisabbau, soweit von ihm überhaupt gesprochen werden kann, mit der Herabsetzung der Kohlensteuer, also auf Kosten der Allgemeinheit, und der Niedrighaltung der Löhne begründet. Das aber ist kein Preisabbau. Das Rundschreiben bemerkt ganz richtig:

Lohnpolitik und übrige Wirtschaftspolitik stehen in untrennbarem Zusammenhang miteinander, und es würde der Lohnpolitik der Deutschen Arbeitgeberverbände in der gegenwärtigen Zeit eine feste Grundlage genommen, wenn man sie von der Devisenfrage, der Kreditfrage und der Preisfrage loslösen wollte.

Wir vermissen jedoch in dem Rundschreiben auch nur den geringsten Hinweis darauf, daß die Unternehmer durch schärfere Kalkulation, durch Herabsetzen der Uebergewinne, durch Rationalisierung der Betriebe, durch Heranziehung der Arbeiter bzw. der Betriebsräte zwecks Erzielung von Ersparnissen an den Produktionskosten den Preisabbau fördern sollen. Gespart und abgebaut soll da werden, wo nichts zu sparen ist: bei den Löhnen.

Zu welchem schrecklichen Mißverhältnis heute noch die Löhne zu den Preisen stehen, haben wir wiederholt ziffernmäßig nachgewiesen. Zu dieser ganzen Stabilisierungspolitik auf Kosten der Löhne ist zu sagen, daß sie in eine Sackgasse führt, daß sie unweigerlich in kurzer Frist zusammenbrechen muß und daß sie ebenso unweigerlich schwere Wirtschaftskämpfe auslösen wird, wenn sie sich weiter darauf beschränkt, die Löhne auf ihrem bisherigen Hungerniveau festzuhalten.

Die Gewerkschaften haben seit langem und wiederholt eine Stützungsaktion gefordert. Die Arbeiter sind einseitig genug, um zu befehlen, daß man zur Erreichung eines notwendigen Zieles auch Opfer bringen muß. Sie werden aber zu diesen Opfern nur dann bereit sein, wenn auch die notwendigen Mittel zur Stabilisierung unserer Währung ergriffen werden. Dazu ist aber in erster Linie notwendig, daß der skandalösen Preiswirtschaft unserer Syndikate und Kartelle ein Ende gemacht wird. Diese Preiswirtschaft hat uns in eine beispiellose Wirtschaftskrise hineingeführt. Trotz der Hungerlöhne der deutschen Arbeiter ist die deutsche Industrie teilweise nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber dem Ausland. Notwendig ist aber auch, daß der selbstmörderischen Spekulations- und Dividendenwirtschaft unserer Aktiengesellschaften durch die Steuerpolitik zu Leibe gegangen wird.

Das allein sind die Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, will man die Stabilisierungspolitik der Mark durchführen. So wie sie bisher betrieben worden ist, muß sie über kurz oder lang zusammenbrechen und in eine Wirtschaftskatastrophe ausgehen. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien allein tragen die Verantwortung für das Gelingen oder Mißlingen der Stabilisierungspolitik.

Arbeiterentlassungen in den Staatsbetrieben.

Dem Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Eine am 11. April im Gewerkschaftshaus stattgefundene Versammlung der im Deutschen Verkehrsband organisierten Zivilarbeiter der Schutzpolizei beschäftigte sich mit den seit einigen Monaten fortwährend vorkommenden Entlassungen und willkürlichen Arbeitszeitverkürzungen bei den einzelnen Polizeibehörden Groß-Berlins. Durch Verfügungen des Ministeriums des Innern darf auf je 70 Beamte einschließlich Wachen nur eine Hilfskraft kommen. Unbeschadet, ob die Beamten auf die ganze Kaserne verteilt sind oder nicht. Hierdurch ist insbesondere den Reinigungskräften eine Arbeitslast aufgebürdet, die sie unmöglich bewältigen können. Selbst die Verwaltungsvorstände erklären, daß die Zustände in den Kasernen unhaltbar sind. Trotzdem kommen täg-

lich weitere Kündigungen vor. Bei der Abteilung Linden hat man einem Küchenarbeiter einen Abstand in Höhe eines Lohnes von zwei Monaten gegeben, damit er mit seiner Entlassung einverstanden war. Er war mit seinen drei Kindern zu teuer geworden. Jetzt verrichtet seine Arbeit ein Beamter, um die Abfindungssumme wieder einzubringen. Was sagt der Herr Minister des Innern hierzu?

Bei der Abteilung Prenzlauer Berg ist eine Küchenfrau mit vier Kindern gekündigt worden und soll durch eine Frau ohne Kinder ersetzt werden. Verhandlungen mit den maßgebenden Instanzen sind bisher ohne Erfolg geblieben. Heftigen Unwillen löste die Bekanntgabe aus, daß die Regierung sich mit dem Gedanken der Einführung der Arbeitsbereitschaft in den Reichs- und Staatsbetrieben trage. Also einerseits Entlassungen, wo keine Notwendigkeit dafür besteht, und andererseits Verlängerung der Arbeitszeit. Wo bleibt da das soziale Empfinden, dessen Träger der Staat sein soll? Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 11. April 1923 im Saal 1 des Gewerkschaftshauses versammelten Zivilarbeiter der Schutzpolizei Groß-Berlins (organisiert im Deutschen Verkehrsband) erheben schärfsten Protest gegen die in letzter Zeit fortgesetzten Entlassungen von Arbeitern, insbesondere von Reinigungs- und Küchenfrauen bei sämtlichen Polizeibehörden. Die Versammelten stellen fest, daß es unmöglich ist, mit den übriggebliebenen Hilfskräften die vorhandenen Arbeiten ordnungsmäßig zu erledigen. Die hygienischen Zustände in den Kasernen sind geradezu unhaltbar geworden. Die Versammelten protestieren ferner gegen eine Herabsetzung der Arbeitszeit, weil dadurch die vom Finanzministerium jeweils bewilligten Lohnerhöhungen wieder illusorisch gemacht werden.“

Da sämtliche Verwaltungsvorstände zugeben, daß ein Mangel an Arbeit nicht besteht, verlangen die Versammelten vom Minister des Innern und dem preussischen Finanzministerium umgehende Abhilfe.“

Arbeiterfahrten ins Ausland.

Das Zentralbureau für Arbeiterbildung des Internationalen Gewerkschaftsbundes plant Studienreisen von Arbeitern nach dem Ausland. Es möchte vor allem auch die Arbeiterjugend der verschiedenen Länder miteinander in Verbindung bringen. Diesem bedeutsamen Zweck dient eine Reihe von zwölf deutschen und drei österreichischen jungen Leuten aus der Arbeiterjugend-Internationale, die am 21. April von Hamburg nach Grimsby fahren und eine Reise durch England antreten, wo sie in einer Reihe von Städten Konzerte veranstalten. Volkstänze aufführen und Volkstheater spielen werden. Am 28. und 29. April werden sie in Barnsley, am 30. April in Wakefield, am 1. Mai in Sudbryfield, am 2. Mai in Bradford, am 3. Mai in Leeds, am 4. in Derby, am 5. und 6. Mai in York sein. In Derby wird der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, J. S. Thomas, sie begrüßen. Am 8. Mai werden sie auf dem englischen Frauenkongress zugegen sein.

Spiele im Betriebe A. Wertheim. In unserer unter vorstehendem Titel in Nr. 156 veröffentlichten Notiz schreibt uns Genosse Walter Schulz, Schöneberg, Cheruskerstr. 13, der bei der Firma A. Wertheim neun Jahre als Fuhrstuführer tätig gewesen ist, daß er nicht mit dem in jener Notiz erwähnten Fuhrstuführer identisch ist.

Konflikt in der Schifffahrt. Die Tarifverhandlungen zwischen dem Zentralverein deutscher Reederei und dem Aktionsausschuß seemannischer Berufsverbände über die Märzlöhne sind, wie uns gemeldet wird, ergebnislos verlaufen, weil die Arbeitnehmer auf die von ihnen verlangte Erhöhung für März zu verzichten sich weigerten. Sie werden das Arbeitsministerium um Entscheidung anrufen, womit sich der Zentralverein deutscher Reederei einverstanden erklärt.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Schill, Berlin; für Anzeigen: E. Gluck, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch, G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch, G. m. b. H., Berlin. Einheitspreis: 1 Blatt 1 Blatt.

Porkoff Die kräftigste Diät bei Magen- und Darmleiden
Wohlschmeckend - Billig!



Ata Toiletseife
Schmerzpulver
SEIFE u. SODA

Ata
Ritz' mit Ata Tonf und Herz,
Weil's den schönsten Glanz bescheert!

Henkel's Duß- und Scheuerpulver,
für Haushalt, Gewerbe und Industrie
unentbehrlich.
Kleinige Hersteller
HENKEL & CO., DUSSELDORF.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
7 Uhr: Don Giovanni
Schauspielhaus
7 Uhr: Faust
Theater l. d. Königsgrätz St.
7.30: Komödienhaus
7.30: Pompadour
Theater l. d. Königsgrätz St.
7.30: Komödienhaus
7.30: Pompadour

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Eine Abrechnung Herr Vielschrey
Lessing - Th.
7 1/2 Uhr: Bürger Schappel
Deut. Künstler-Th.
Altabendlich 7 1/2 Uhr: Der Fürst von Pappenheim
RESIDENZ-TH.
Täglich 8 Uhr: Der Raub der Sabrierinnen
Trionon - Th.
8 Uhr: Professor Bernhardt
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Große Revue Europa spricht davon!
Mister Jackson mit engl. Girls
Eise Kutzer
Bruno Kutzer
Arnold Rink
Kutzer, Flink u. 2 Darsteller

Deutsch Opernhaus
Abends 7 1/2 Uhr: Der Hieg. Holländer
Große Volksoper
Theat. d. Westens
7 1/2 Uhr: Die verk. Braut
Intimes Theater
8 Uhr: Kleptomane
Familienfest usw.
Lustspielhaus
8 Uhr: Bobby, sag die Wahrheit
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Schönste der Frauen
Theat. d. Westens
7 1/2 Uhr: Die Schönste der Frauen
Neues Operett.-Th.
7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert
Katja, die Tänzerin
mit Margit Sochy,
Nordhelm, Ludwig
Paulsen, Beckmann,
Gross, Mamelok
Stg. 3: Die kleine
m. Harald Paulsen,
Josefine Dora
Neues Th. am Zoo
7 1/2 Uhr: Gilberts Oper
Dorine u. der Zufall
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Emi (la Galotti)
Renaissance-Th.
8 Uhr: Kampf der
Geschlechter
Gastsp. Em. Reicher
Schiller-Th. Charl.
8 Uhr: Krieg im Frieden
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Ein Jahr
ohne Liebe
Th. a. Nollendorpf.
7 1/2 Uhr: Die schön. Rivalin
Stg. 3: König der
Wallner-Theater
4 Uhr: Der köhne
Schwimmer

Theater des Ostern
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr: Kaiserplatz 3 L.
Central-Theater
Tägl. 8 Uhr: Försterehrlich.
Der Blaue Vogel
Goltzstraße 9
Nollendorpf 1613
5 1/2 Uhr: Altabendlich
Gem. Programm!
zusammengestellt aus
d. 1. Nummern d. 1.
2. u. 3. Programms
Casino-Theater
8 Uhr: Der blaue Kakado
Zum blauen Kakado
Möbel
jeder Wert
preiswert und gut
Barthel
Johannstr. 54
hochwert. Möbel
Teilzahlung
Hochwert. Möbel
Petersburgerstr. 23
Admirals-Variete
8 30 April-Programm
wie immer - erstklassig

Urania
Eine Reise nach
Südamerika mit d.
Schnellfahr. Polaris.
Reichshallen-Th.
Altabendl. 7 1/2 Uhr
Sonntag nach. 10
halbe Preise
Stettin
Sänger
Hilfs-
Brüder
1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin 54, Lindenstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833 bis 836
und 6592 bis 6595.
Montag, den 16. April, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25
Versammlung
sämtlicher Betriebsräte
des Deutschen Metallarbeiter-
verbandes.
Tagesordnung: 1. Vortrag des
Genossen Dr. Robert Günther
Stuttgart über Weltwirtschaftskrise
und deutsche Wirtschaftspolitik. 2. Aus-
sprache über Kurzarbeit.
Jeder

Berliner Notstandsarbeiten.

Weiterführung der Nord-Südbahn. — Reparaturen an städtischen Gebäuden.

Die Stadtsenatsversammlung beschloß gestern über die aus dem Ausschuss zurückkommenden Anträge auf Arbeitsbeschaffung. Das Hauptergebnis der Prüfung im Ausschuss und der gestrigen zweiten Beratung im Plenum, in der für die sozialdemokratische Fraktion der Genosse Krause nochmals die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Vinderung des durch den Arbeitsmangel verursachten Notstandes darlegte, war die Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Weiterführung der Nord-Südbahn. Angenommen wurde auch der kommunistische Antrag auf Ausführung von Reparaturen an städtischen Gebäuden, desgleichen ein sozialdemokratischer Antrag auf schleunigste Auszahlung der Unterzahlungen für Kurzarbeiter. — Die Sitzung brachte in ihrem ersten Teil eine längere Auseinandersetzung über die Junglehrer-Kündigungen, von denen der Schule, wie Genosse Kreuziger hervorhob, eine nicht zu unterschätzende Gefahr droht. Ein kommunistischer Antrag auf Herabsetzung der Klassenfrequenzen und ein Antrag unserer Genossen, der Staats- und Reichsmittel zu möglicher Verhütung weiterer Junglehrerkündigungen fordert, werden einen Ausschuss beschäftigen. — Die von den Deutschnationalen eingebrachten, auf Agitation abzielenden Anträge in Sachen der Werttarife sind ergebnislos geblieben. Ueber die Verlängerung der Kohlenklausel wird ein Ausschuss beraten.

Die Sitzung eröffnete der Vorsteher Dr. Caspari mit einem von der Versammlung stehend angehörten Nachruf für den am 6. d. M. verstorbenen früheren Bürgermeister Geh. Reg.-Rat Dr. Meike. Sodann gedachte der Vorsteher auch des am 10. d. M. verstorbenen früheren Stadtrats Hamburger und des am gleichen Tage verstorbenen Stadts. Dr. Köhler (H. Soz.). — Namens der Versammlung brachte der Vorsteher schließlich dem Oberbürgermeister Böß zur Vollendung des 50. Lebensjahres Glückwünsche dar.

Eine dringliche Anfrage der Demokraten vom 1. März fordert vom Magistrat Auskunft, weshalb entgegen gegebener Zusage zu Ostern wiederum

Kündigungen von Junglehrern

und Junglehrerinnen erfolgt sind. — Ein Antrag der Kommunisten vom 20. März verlangt zum Zweck der Verhütung dieser Kündigungen die vorübergehende Herabsetzung der Durchschnittsklassenfrequenz von 40 auf 35.

Nachdem Flieth (Dem.) und Böß (Komm.) die Anfrage und den Antrag begründet und übereinstimmend auf die drohende Gefährdung des Nachwuchses in der Berliner Lehrerschaft hingewiesen hatten, führte der Oberstadtschulrat Paulsen aus, daß auch der städtischen Schulaufsicht an der Erhaltung eines tüchtigen Nachwuchses durchaus gelegen sei, daß aber die Stadt über die Mittel nicht verfüge, die große Zahl überschüssiger Junglehrer zu erhalten. Dieser Ueberschuß werde im Herbst zwischen 500 und 800 betragen. Der einzige Ausweg sei, daß der Staat einspringe. Mit der Frequenzherabsetzung sei die Frage nicht zu lösen. Eine Zulage, daß weitere Kündigungen nicht erfolgen sollten, sei nicht gegeben worden. Die in Reußhagen, Nickenberg, Wilmersdorf und Schöneberg erfolgten Kündigungen befanden sich durchaus in Uebereinstimmung mit den vom Magistrat aufgestellten Richtlinien; ein Druck sei von der Zentrale nicht ausgeübt worden.

In der Aussprache machte Gen. Kreuziger geltend, daß die Angelegenheit nicht nur die Kommune, sondern den Staat als solchen angehe; der Staat könne man angesichts ihrer Finanznot nicht zumuten, lediglich um einer einzelnen Gruppe willen so übermäßige Opfer zu bringen. Reich und Staat müßten um die Bereitstellung der erforderlichen Mittel angegangen werden; sie dürften sich ihrer bezüglichen Verpflichtungen nicht entziehen. Im Prinzip sei seine Fraktion mit dem Antrag Böß einverstanden.

Die Versammlung beschloß, den Antrag der Kommunisten einem Ausschuss zu überweisen, dem auch der von Kreuziger angekündigte Antrag wegen der Mittelbeschaffung übergeben wurde.

Die Beratung wandte sich dann den Anträgen zu, welche die Erhöhung der Werttarife

zum Gegenstande haben. Schon am 27. November 1922 haben die Deutschnationalen verlangt, daß jede weitere Erhöhung des Straßenbahnfahrers so lange verstanden wird, bis der Magistrat durch Vorlegung einer Bilanz die Tarifierhöhung als das geeignete Ausgleichsmittel nachgewiesen hat. — Am 13. März haben dieselben Herren gefordert, daß der Magistrat einem Ausschuss Auskunft über die am 9. März beschlossene abermalige Werttarifierhöhung geben soll, und die DVB. hat sich mit einem Protest und mit dem Verlangen sofortiger Rückgängigmachung der Erhöhung dem Vorgehen der Deutschnationalen angeschlossen.

In der Ausschussberatung sind die Erklärungen der Magistratsvertreter entgegengekommen und gewürdigt worden; der Ausschuss empfahl, sämtliche Anträge für erledigt zu erklären.

In einer Dringlichkeitsvorlage beantragte der Magistrat die Verlängerung der Geltungsdauer der Kohlenklauseln und in einer weiteren Dringlichkeitsvorlage die Zustimmung der Versammlung zur Festsetzung folgender Preise für April von der Aprilstandaufnahme: Gas 650 M. je Kubikmeter, Wasser 360 M. je Kubikmeter, Elektrizität 1050 M. je Kilowattstunde.

In der Erörterung übte Dr. Rosenbergs (Komm.) heftige Kritik an dem bisherigen Verfahren des Magistrats und forderte nachdrücklich, daß die Entscheidung über die Tarife aus der „Dunkelkammer“ des Ausschusses heraus wieder in die Versammlung selbst verlegt werde. — Stadtrat Benedek gab sich große Mühe, Herrn Dr. Rosenbergs zu widerlegen und den Nachweis zu erbringen, daß die „Dunkelkammer“ bei der Berechnung der Tarife sehr sorgfältig verfahren sei. Der Fehler habe darin gelegen, daß man die Februarpreise bei weitem zu niedrig angelegt habe; dieselbe Rate hätte sich dann im März wiederholt. — Dr. Steiniger (Dem.) gestand die Verlängerung der Kohlenklauseln zu, wollte aber zunächst nur für einen Monat die neuen Preise bewilligen. — Gen. Bröckel nahm den Magistrat in Schutz, erklärte die Zustimmung zur Festsetzung der Aprilpreise und beantragte, die Verlängerung der Kohlenklauseln noch einer Ausschussprüfung zu unterwerfen. In diesem Sinne entschied auch die Versammlung.

Hierauf erstattete Genosse Heilmann den Bericht des ständigen Ausschusses für die

Erwerbslostenfürsorge

über eine Reihe ihm überwiesener Anträge. Den Antrag der Kommunisten, der eine umfassende Notstandsaktion für Sozialrentner usw. vorge schlagen hatte, hat der Ausschuss abgelehnt; zu dem Antrag der Kommunisten betreffs freier ärztliche Behandlung usw. für alle Familienmitglieder der Erwerbslosen hat er unter Ablehnung des Antrages lediglich empfohlen, den Magistrat zu ersuchen, im Sinne des Antrages bei der Reichsregierung zu wirken. In Erledigung eines Antrages der Sozialdemokraten soll der Magistrat ersucht werden, sofort Mittel bereitzustellen für die Weiterführung der Arbeiten zur Herstellung der Verbindung der Nord-Südbahn zwischen Kaiser-Friedrich-Straße und Hermannstraße. Endlich soll nach einem weiteren Antrage der Kommunisten der Magistrat die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter durch sofortige Ausführung von Reparaturarbeiten an allen städtischen Gebäuden zu verhindern suchen.

Genosse Krause gab eine detaillierte Uebersicht über die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin; die Ziffer erreiche bereits 300 000, und forderte den Magistrat auf, bei den Reichsinstanzen mit dem allergrößten Nachdruck auf Abhilfe zu drängen. Das Reich sei bis jetzt seiner Verpflichtung nicht nachgekommen, aber auch die Stadtverwaltung habe es bisher an dem nötigen Eifer fehlen lassen. Mit Unterstützung sei den Arbeitslosen nicht gedient; Arbeitsgelegenheit müsse ihnen gegeben werden. Die Nord-Südbahn müsse fertiggestellt werden, damit schaffe man Arbeitsgelegenheit und erhöhe die Rentabilität des Unternehmens. Das elende Straßenpflaster, der traurige baufällige Zustand der städtischen und der privaten Gebäude biete Arbeit in Fülle. Dem Baukostenwucher müsse ganz energisch zu Leibe gegangen werden. Schließlich empfahl Krause folgenden Dringlichkeitsantrag Heilmann zur Annahme: „Den Magistrat zu ersuchen, geeignete Schritte einzuleiten, um die Kurzarbeiterunterstützung mit größter Beschleunigung zu verrechnen und zur Auszahlung zu bringen.“

Nachdem Ostrowski (Komm.) wiederum ausführlich für den

Antrag seiner Partei plädiert und sein lebhaftes Bedauern über den ablehnenden Ausschussbeschluss ausgesprochen hatte, setzte Stadtrat Böß sich auseinander, daß man die kommunistische Forderung unentgeltlicher Lieferung von Nahrungsmitteln, Holz usw. an alle Sozialrentner und ähnliche Kategorien nicht aus Herzlosigkeit abgelehnt habe, sondern weil man wußte, daß die dafür nötigen Milliarden der Stadt nicht zu Gebote stehen. Was in den Kräfte der Stadt stehe, werde auch aufgeboten, um die Not der Erwerbslosen zu lindern. Im Punkte der Kurzarbeiterunterstützung sei jetzt das Nötige vorgekehrt.

Dr. Steiniger (Dem.) lehnte ausdrücklich den sozialdemokratischen Antrag wegen der Fortführung der Nord-Südbahn ab, da Berlin einer solchen Ausgabe nicht mehr gewachsen und keine Spur von Deckung vorhanden sei. — Dankwardt (D. Sp.) hielt den Antrag des Ausschusses betr. die Reparaturarbeiten für überflüssig und stimmte dem sozialdemokratischen Antrag betr. die Kurzarbeiterunterstützung zu.

Die Anträge des ständigen Ausschusses und der Dringlichkeitsantrag Heilmann gelangten zur Annahme.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Vorlagen schloß die öffentliche Sitzung.

Standgerichte gegen den Wucher.

Auf sämtlichen Märkten Groß-Berlins sind gemäß einer Verfügung des Kammergerichtspräsidenten und des Generalstaatsanwaltes mit dem gestrigen Tage Kommissionen in Tätigkeit getreten, um sofort Uebersetzungen der wirtschaftlichen Verordnungen an Ort und Stelle zu ahnden. Die Kommissionen, welche aus einem Richter, einem Staatsanwalt und einem Gerichtsschreiber bestehen, halten ihre Sitzungen in der nächsten Nähe des Marktes ab. Es werden ihre sofort die Leute, welche die Verordnungen verletzt haben, vorgeführt, und nach Anhörung durch den Staatsanwalt erklärt der Richter die Strafbefehle. Geküert konnte man zum erstenmal diese Kommission bereits auf dem Vorklagener Markt in Tätigkeit sehen.

Die Berliner Schuppolizei ist in einem besonderen Erlaß auf mangelhafte Durchführung der Preisschilderverordnung hingewiesen worden. So wurde zum Beispiel beobachtet, daß nur ein Teil der auszeichnungspflichtigen Waren aufgeführt wurden. An anderen Stellen waren die Preise bergleichsweise so angebracht, daß sie für das Publikum nicht zu lesen waren. In einzelnen Fällen konnte man Ankündigungen lesen, nach denen auf die mit Preisen versehenen Waren ein nicht genannter Aufschlag kommt. Die Beamten sind angewiesen worden, nach diesen Gesichtspunkten die strenge Durchführung der behördlichen Vorschriften zu kontrollieren.

Krautwurf als Lebewand.

Ein 27 Jahre alter Kaufmann Alfred Krautwurf, der in einem gewissen Geschäft tätig war, eignete sich dort ein Scheckbuch an, falschte mehrere Schecks und erhob darauf bei einer Bank am Halleschen Tor 3 800 000 Mark. Sofort setzte er sich mit einem 23jährigen Freunde namens Herbert Odenbach in Verbindung. Beide lebten sich neu ein und spielten nun mit Freundeninnen, denen sie kostbare Pelztragen und dergleichen schenkten, in den feinsten Lokalen, auf der Rennbahn usw. die Lebewand. Als Krautwurf nicht mehr im Geschäft erschien, wurde das Fehlen des Scheckbuchs entdeckt und die Kriminalpolizei benachrichtigt. Beamte der Dienststelle B. II. 1. tamen den Lebewandern bald auf die Spur und nahmen Krautwurf in seinem möblierten Zimmer in der Jostener Straße fest, als er noch einer durchschwärmten Nacht noch im Bette lag. Er hatte mit seinem Freunde und den Freundeninnen in 2 1/2 Tagen und Nächten nicht weniger als 3 Millionen Mark bereits durchgebracht.

Billiger Zucker für Kinder und Schwangere. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin bekennt in der Zeit vom 13. bis 30. April nochmals eine — voraussichtlich die letzte — Sonderverteilung von Zucker für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr und für Schwangere. Abgegeben werden je zwei Pfund. Die Verteilung erfolgt auf die Sonderabschnitte der in diesem Monat gültigen Berliner Mikskarten A und O. Der Abgabepreis ist im Vergleich zu dem allgemeinen Zuckerpreis sehr niedrig und beträgt nur 430 M. das Pfund. Die Ausgabestellen werden am Sonnabend und Sonntag an den Anschlagtaulen bekanntgemacht.

(Nachdruck verboten. Der Welt-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Was dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Gumpers. „Was wir durchmachen, das hält so leicht keiner aus,“ meinte Happy. „Besser, 's wäre noch Krieg, meine ich. Dann würden sie uns in die Gräben stopfen. Is' nich' so fürchtbar wie hier.“

„Spaltet euch!“ schrie der Wagenführer, als das Lastauto in einem schmutzigen Hof voller Abfall anhiekt. „Habe nicht den ganzen Tag für euch Zeit. Muß noch fünf Ladungen holen.“

Die Wache stand daneben mit ärgerlichem Gesicht und steifen Gliedern, denn sie fürchtete offenbar, das Offiziere in der Nähe waren, und die Gefangenen begannen, die Eimer auszuladen.

Entsetzlich war der faulige Geruch, der sie umgab.

Die Luft in der dunklen Kiste war dick vor Rauch, der aus der Küche kam. Die Männer desillierten an der Essensausgabestelle vorbei, hielten ihre Eßgeschirre heraus, in die man das Essen hineinplaischte. Sie aßen zusammengepackt an langen Tischen, die ganz schmutzig von Fett und vergossenem Kaffee waren und noch nach dem Säubern. Andrews sah am Ende einer Bank in der Nähe der Tür, aus der das glimmernde Zwielicht kam. Er aß langsam, überalcht von der Freude, mit der er das fette Essen zu sich nahm. Hoggensbad sah ihm gegenüber.

„Seltsam,“ sagte er zu Hoggensbad. „Es ist wirklich nicht so schlimm, wie ich glaubte.“

„Was meinst du? Das Arbeitsbataillon? Ja, man kann sich in alles fügen; man lern't wenigstens in diesem gottverdammten Heer.“

„Ich glaube, die Menschen fügen sich lieber in alles, als daß sie sich anstrengen, die Dinge zu ändern.“

„Du hast recht. Hast du 'ne Zigarette?“

Andrews händigte ihm eine Zigarette aus. Sie standen auf und gingen hinaus in die Dämmerung, hielten ihre Eßgeschirre vor sich, und als sie ihre Geschirre in einem Haß fettigen Wassers wuschen, sagte Hoggensbad plötzlich leise: „Aber es kommt eines zum ändern. Eines Tages wird schon eine Abrechnung kommen. Hältst du was von der Religion?“

„Nein.“

„Ich auch nicht. Meine Leute zu Hause, die haben auch immer alles mit sich selbst abgemacht. . . . Man kann nicht Tag auf Tag und Tag auf Tag seine eigene Galle fressen.“

„Ich fürchte, man kann das doch,“ brach Andrews ein.

Sie gingen auf die Baracken zu.

„Gott verdammt, nein!“ schrie Hoggensbad laut. „Es kommt ein Punkt, wo man's nicht mehr kann, wo es keinen Zweck hat, zu suchen, dann läuft man Amol!“

Er ließ den Kopf hängen und ging langsam zurück in die Baracken.

Andrews blieb draußen vor dem Gebäude stehen und starrte in den Himmel. Er versuchte verzweifelt zu denken, wenigstens einige Fäden seines Lebens zusammenzuziehen und zusammenzuhalten, trotz alledem. In fünf Minuten wird das Signalthorn in seinen Ohren tönen, und dann: zurück in die Baracken! Eine Melodie trat ihm plötzlich ins Bewußtsein, und dann, als er sich daran erinnerte, versuchte er sie, schauernd, schnell zu verwischen:

„Wenn du lachst, dann bist du glücklich, Wenn du lachst, dann trauerst du.“

Es war fast dunkel. Zwei Männer gingen langsam an ihm vorbei.

„Sergeant, kann ich mit Ihnen sprechen?“ flüsterte eine Stimme. Der Sergeant grunzte.

„Zwei wollen heute nacht hier ausbrechen.“

„Wer? Wenn du mir hier was ausbindest, geht's dir dreckig, denk' dran.“

„Surlay und Watson. Ich hörte sie hinter der Latrine davon sprechen.“

„Dumme Schweine.“

„Sie sagten, sie wären lieber tot, als noch einen Tag länger in diesem Miststall.“

„So?“

„Sprich nicht so laut, Sergeant. Wenn das jemand anders hört. . . . Sag' mal, Sergeant,“ seine Stimme winkelte, „meinst du nicht auch, daß ich meine Zeit nicht schon abgedient habe?“

„Was weiß ich? Ist nicht meine Sache.“

Andrews ging an ihnen vorbei in die Baracke. Tolle Mut hatte ihn erfaßt. Er entkleidete sich und ging schweigend ins Bett. Hoggensbad und Happy sprachen neben seinem

Lager. „Lach nur schon,“ sagte Hoggensbad. „Jergendeiner wird den schon 'mal früher oder später fassen.“

Die Töne des Signalthorns draußen stachen Andrews in die Ohren. Als ob sie ihn verspotten wollten! Eine Stimme brüllte: „Ruhel!“ Die Lichter gingen aus. Schon konnte Andrews das tiefe Atmen schlafender Männer hören. Er lag wach, starrte in die Dunkelheit, in seinem Körper stöhnte der monotone Rhythmus der Fronarbeit des Tages.

Es schien ihm, als ob er immer noch den winselnden Mann zum Sergeanten sprechen hörte. „Und soll ich auch so werden?“ fragte er sich selbst.

Andrews verließ gerade die Latrine, als eine Stimme ihn leise anrief: „Kamerad!“

„Ja,“ sagte er.

„Komm her. Ich will mit dir reden.“

Es war die Stimme des Jungen. In der übertriebenen Bude, die als Latrine diente, war kein Licht. Draußen konnten sie die Wache summen hören, als sie vor den Barackentüren hin und her ging.

„Du und ich wollen Schlafgenossen sein, Kamerad.“

„Gut,“ antwortete Andrews.

„Sag' mal, was hältst du davon, hier durchzubrennen?“

„Verdammt riskant,“ sagte Andrews.

„Kann man nicht ein Geräusch wie ein Reifen machen und einfach davonrollen?“

Sie kicherten leise. Andrews legte seine Hand auf den Arm des Jungen.

„Aber Junge, es ist zu riskant. Ich bin hier 'reingeraten, weil ich zu viel riskiert habe. Möchte nicht, daß mir wieder sowas passiert. Und wenn sie einen fassen, dann ist's Desertion. Leavenworth auf zwanzig Jahre, oder Tod durch Erschießen, das ist das Ende.“

„Und was ist das hier?“

„D, ich weiß nicht, aber eines Tages müssen sie uns doch freilassen!“

„Schl!“

Der Junge legte seine Hand plötzlich über Andrews Mund. Sie standen steif, so daß sie das Pochen ihrer Herzen hören konnten. Draußen ertönte ein schneller Schritt auf dem Kitz. Die Wache hielt an und salutierte. Die Schritte entfernten sich und die Wache begann wieder zu summen.

(Fortsetzung folgt.)

